

Fragebogen zur Eignungsprüfung

	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
1	Zulassung Angebote		
1.1	Eignungs- und Angebotsprüfung		
1.1.1	Allgemeine Angaben		
I 1.1.1.1	<p>Abfrage aus dem Wettbewerbsregister Bitte tätigen Sie für die Abfrage aus dem Wettbewerbsregister folgende Angaben: 1. das Registergericht mit Sitz 2. die Registernummer 3. die Rechtsform 4. die Umsatzsteueridentnummer der bietenden Firma (Name und Anschrift werden aus dem Bieterprofil übernommen). Bei einer Bietergemeinschaft sind die Angaben für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu tätigen.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass die Angaben für Zwecke der Auskunftsanforderung aus dem Wettbewerbsregister wegen möglicher Ausschlussgründe gemäß den §§ 123 und 124 GWB verwendet werden. Bei Aufträgen ab einem Wert von € 30.000 ist die Auskunftsanforderung vor Zuschlagserteilung zwingend vorgeschrieben (§ 6 WRegG, § 21 AEntG, § 19 MiLoG).</p>		
I 1.1.1.2	<p>Bietergemeinschaft Nehmen Sie gemeinsam mit anderen am Vergabeverfahren teil? Falls ja, reichen Sie bitte das ausgefüllte und unterschriebene Dokument "Erklärung Bietergemeinschaft" mit dem Angebot ein.</p>		
I 1.1.1.3	<p>Unterauftragnehmer Beabsichtigen Sie, Teile des Auftrags im Wege der Unterauftragsvergabe an Dritte zu vergeben? Wenn ja, haben Sie das Formblatt "Verzeichnis Unterauftragnehmer"</p>		

	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
	<p>ausgefüllt und beigelegt?</p> <p>Bitte beachten Sie: Für alle Teile der ausgeschriebenen Gesamtleistung (siehe Leistungsbeschreibung), die nicht in bzw. durch Ihren Betrieb ausgeführt werden, muss das "Verzeichnis Unterauftragnehmer" ausgefüllt werden. Falls Ihr Betrieb für eine oder mehrere dieser Leistungen gar nicht eingerichtet ist oder die Kapazitäten des Betriebes bereits ausgeschöpft sind, muss darüber hinaus für jede dieser Leistungen eine Verpflichtungserklärung (siehe Formblatt "Verpflichtungserklärung") des jeweiligen Unterauftragnehmers abgegeben werden.</p>		
1.1.2	Eignungskriterien		
1.1.2.1	Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit (§ 33 Abs. 1 UVgO i. V. m. § 31 Abs. 2 UVgO)		
A 1.1.2.1.1	<p>Versicherungsschutz (Ist Ausschlusskriterium) Besteht für das Unternehmen ausreichender Versicherungsschutz, der im Haftpflichtfall mindestens 1 Mio Euro für Personen- und Sachschäden und 500.000,00 Euro für Vermögensschäden abdeckt?</p>		
1.1.2.2	Technische und berufliche Leistungsfähigkeit (§ 33 Abs. 1 UVgO i. V. m. § 31 Abs. 2 UVgO)		
A 1.1.2.2.1	<p>Bestätigung: Besichtigung der Abfallfraktionen (Ist Ausschlusskriterium) Ein Vor-Ort-Termin zur Besichtigung der Fraktionen ist verpflichtend, wenn Sie bisher kein Auftragnehmer für die Fraktion beim AWM waren. Zur Terminvereinbarung wenden Sie sich bitte an Herrn Dietl: Telefon-Nr.: 01525-7986922 E-Mail: christian.dietl@muenchen.de Der Besichtigungsnachweis liegt den Angebotsunterlagen bei. Dieser Nachweis muss zum Termin mitgenommen werden und ist in unterschriebener Form dem Angebot beizufügen.</p> <p>Haben Sie die Bestätigung über die</p>		

	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
	Besichtigung der Abfallfraktionen dem Angebot beigefügt?		
A 1.1.2.2.2	<p>Eigenerklärung zum Vorliegen der für den Betrieb der Behandlungsanlage erforderlichen behördlichen Genehmigungen, Auslandsverwertung und Kapazitäten (Ist Ausschlusskriterium) Bei Auslandsverwertungen: Eigenerklärung zum Vorliegen der Notifizierung(en) und entsprechend weiterer Genehmigungen gemäß den für die Abfallverbringung geltenden Vorschriften. Ich/wir erklären, dass für den gesamten Auftragszeitraum 1) die erforderlichen behördlichen Genehmigungen für die an Verwertungsprozess berührten Standorte erteilt sind 2) für den Fall der Auslandsverwertung die vereinfachte Notifizierung(en) als grüneListestoff vorliegt 3) bei Zuschlag für die Menge, die ich/wir angeboten habe(n), die behördlich genehmigten und verfügbaren Anlagenkapazitäten nicht überschritten werden Hinweis: Falls der Auftraggeberin Anhaltspunkte vorliegen, dass die o.g. Erklärung (teilweise) unzutreffend sein könnte, sind entsprechende Nachweise auf Anforderung vollständig vorzulegen.</p> <p>Bitte geben Sie an, ob alle oben genannten Voraussetzungen erfüllt sind:</p>	<div style="background-color: yellow; height: 20px; border: 1px solid black; margin-bottom: 5px;"></div> <div style="background-color: yellow; height: 20px; border: 1px solid black; margin-bottom: 5px;"></div> <div style="background-color: yellow; height: 20px; border: 1px solid black;"></div>	
A 1.1.2.2.3	<p>Stoffstrom-/Verwertungsdarstellung vorgelegt? (Ist Ausschlusskriterium) Lückenlose Darstellung der Stoffströme Der Bieter hat den Weg der Stoffströme unter Angabe aller Umschlags-, Abfallbehandlungs- und Verwertungsorte zu beschreiben. Die Darstellung der Stoffströme ist auf Grundlage der durchzuführenden Ortsbesichtigung aus den Wertstoffhöfen zu erstellen.</p> <p>Aus dieser Darstellung muss die prozentuale Quote der stofflichen Verwertung ersichtlich sein. Ohne diese Darstellung kann das Angebot nicht gewertet werden.</p>	<div style="background-color: yellow; height: 20px; border: 1px solid black; margin-bottom: 5px;"></div> <div style="background-color: yellow; height: 20px; border: 1px solid black; margin-bottom: 5px;"></div> <div style="background-color: yellow; height: 20px; border: 1px solid black;"></div>	

	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
	Haben Sie der obigen Beschreibung entsprechende Darstellungen Ihrem Angebot beigefügt?		
A 1.1.2.2.4	<p>aktuelles Überwachungszertifikat als Entsorgungsfachbetrieb - mit Anlagen - gemäß § 56 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) / §25 Entsorgungsfachbetriebsverordnung (EfbV.) vorgelegt? (Ist Ausschlusskriterium) Zertifizierung eines geeigneten auditierten Qualitätsmanagementsystems Vorlage eines aktuellen Überwachungszertifikats als Entsorgungsfachbetrieb (mit Anlagen) gemäß § 56 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) / §25 Entsorgungsfachbetriebsverordnung (EfbV.) für die</p> <p>relevanten Abfallschlüssel AVV 15 01 02 Verpackungen aus Kunststoff,</p> <p>welches die folgenden zertifizierten abfallwirtschaftlichen Tätigkeiten umfasst: Handeln/ Makeln, Befördern, Lagern zwecks Verwertung, Behandeln zwecks Verwertung, Verwerten vorbereitend zum Recycling und ggf. sonstige Verwertung</p> <p>oder gleichwertiger Nachweis über ein Qualitätsmanagementsystem, dass die Biter*innen die Anforderungen der Entsorgungsfachbetriebe-Verordnung vom 14.12.2022 (EfbV) erfüllen. welches für das Tätigkeitsfeld und die relevanten Prozesse geeignet ist, wie z.B. ISO 9001:2015, ISO 14001:2015, EMAS mit nachfolgenden Erfordernissen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Festlegung der Verantwortungs-, Entscheidungs- u. Mitwirkungsbefugnisse (§ 3 Abs.2 EfbV) (Eigenerklärung) - Angabe der technischen Anlagen und Ausrüstung, verantwortlichen Person(en) und ausreichende Personalstärke (§ 4 EfbV) (konkret zu nennen) - Führung eines Betriebstagebuches (§ 5 EfbV) (Eigenerklärung, ggf. Auszug) - Ausreichender Versicherungsschutz (§ 6 EfbV) (Eigenerklärung und Angaben zu Art und Höhe der Sach- und Haftpflichten) - Zuverlässigkeit des Betriebsinhabers (§ 8 	<div style="background-color: yellow; height: 20px; border: 1px solid black; margin-bottom: 5px;"></div> <div style="background-color: yellow; height: 20px; border: 1px solid black; margin-bottom: 5px;"></div> <div style="background-color: yellow; height: 20px; border: 1px solid black; margin-bottom: 5px;"></div>	

	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
	<p>EfbV) - Zuverlässigkeit der für die Leitung und Beaufsichtigung verantwortlichen Personen (§ 9 EfbV) (Eigenerklärung) - Einarbeitungsplan für das sonstige Personal (§ 10 EfbV) (Beschreibung der Qualifikationsmaßnahmen)</p> <p>Bezüglich des Transports der ausgeschriebenen Abfälle in Deutschland kann anstelle eines Zertifikats auch eine Transportgenehmigung oder eine Erlaubnis nach § 54 KrWG vorgelegt werden</p> <p>Haben Sie Ihrem Angebot ein aktuelles Überwachungszertifikat als Entsorgungsfachbetrieb oder einen gleichwertigen Nachweis gem. obigen Ausführungen beigefügt?</p>		
<p>I 1.1.2.3</p>	<p>Hinweise -Fehlende Unterlagen sind auf Verlangen fristgerecht nachzureichen. -Für Leistungen, die von einem Unterauftragnehmer erbracht werden, sind die entsprechenden Nachweise des Unterauftragnehmers vorzulegen.</p> <p>Bitte bestätigen Sie, dass Sie vorstehende Hinweise zur Kenntnis genommen haben:</p>	<div style="background-color: yellow; height: 100px; width: 100%;"></div>	
<p>1.1.3</p>	<p>Ausschlussgründe</p>	<div style="border-bottom: 1px solid black; height: 40px; width: 100%;"></div>	
<p>Z 1.1.3.1</p>	<p>Bezug zu Russland im Sinne der Verordnung (EU) (2022/576) (Ist Ausschlusskriterium) Hiermit bestätige/n ich/wir verbindlich (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag / Angebot Vertretenen auch für diese): 1. Der / die Bewerber / Bieter gehört / gehören nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen, a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die</p>	<div style="background-color: yellow; height: 100px; width: 100%;"></div>	

	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
	<p>Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland, b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%, c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.</p> <p>2. Die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.</p> <p>3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen gemäß Ziffer 2 eingesetzt werden, die einen Bezug zu Russland im Sinn der vorgenannten EU-Verordnung aufweisen.</p> <p>Bei einer Bietergemeinschaft gilt die abgegebene Erklärung für alle Mitglieder der Bietergemeinschaft.</p> <p>Falls die obige Erklärung vollinhaltlich zutrifft, bestätigen Sie dies bitte.</p>		
Z 1.1.3.2	<p>Verstoß gegen zwingende Ausschlussgründe (§ 123 GWB) (Ist Ausschlusskriterium) Lag innerhalb der letzten 5 Jahre einer der nachfolgend genannten zwingenden Ausschlussgründe vor?</p> <p>1. Eine Person, deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 GWB dem Bewerber/Bieter zuzurechnen ist, wurde rechtskräftig verurteilt oder gegen den Bewerber/Bieter wurde eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt (einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer</p>	<div style="background-color: yellow; height: 15px; border: 1px solid black; margin-bottom: 2px;"></div> <div style="background-color: yellow; height: 15px; border: 1px solid black; margin-bottom: 2px;"></div> <div style="background-color: yellow; height: 15px; border: 1px solid black; margin-bottom: 2px;"></div>	

	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
	<p>Staaten gleich), wegen einer Straftat nach:</p> <p>1.1 § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),</p> <p>1.2 § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,</p> <p>1.3 § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),</p> <p>1.4 § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,</p> <p>1.5 § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,</p> <p>1.6 § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),</p> <p>1.7 § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),</p> <p>1.8 den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),</p> <p>1.9 Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur</p>		

	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
	<p>Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder</p> <p>1.10 den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).</p> <p>2. Der Bewerber/Bieter ist seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und dies wurde durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt.</p> <p>Bitte beachten Sie: Anzugeben sind nur Verurteilungen innerhalb der letzten fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung. Sofern ein zwingender Ausschlussgrund vorliegt, kann der Bewerber/Bieter eine gesonderte Anlage mit Erläuterungen beifügen, falls er Umstände geltend machen will, um dennoch an dem Vergabeverfahren teilnehmen zu können (bspw. Maßnahmen der Selbstreinigung nach § 125 GWB).</p> <p>Falls der Auftraggeberin bzw. dem Auftraggeber Anhaltspunkte vorliegen, dass die Erklärung (teilweise) unzutreffend sein könnte, werden zusätzlich zur Erklärung weitere Nachweise gefordert. Der Bewerber/Bieter hat in diesem Fall vor Zuschlagserteilung auf Anforderung durch die Auftraggeberin folgende Unterlagen vorzulegen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einen Auszug aus einem einschlägigen Register, insbesondere ein Führungszeugnis aus dem Bundeszentralregister oder, in Ermangelung eines solchen, eine gleichwertige Bescheinigung einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Herkunftslandes oder des Niederlassungsstaates des Bewerbers/Bieters. - Eine von der zuständigen Behörde des Herkunftslandes oder des Niederlassungsstaates des Bewerbers/ 		

	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
	Bieters ausgestellte Bescheinigung (Bspw. Finanzamt, Sozialversicherungsträger etc.).		
F 1.1.3.3	<p>Verstoß gegen fakultative Ausschlussgründe (§ 124 GWB) Lag innerhalb der letzten 3 Jahre einer der nachfolgend genannten fakultativen Ausschlussgründe vor?</p> <p>1. Der Bewerber/Bieter hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen,</p> <p>2. Der Bewerber/Bieter ist zahlungsunfähig oder über das Vermögen des Bieters ist ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden, die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse abgelehnt worden, der Bieter befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt,</p> <p>3. Der Bewerber/Bieter bzw. eine Person deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 GWB dem Unternehmen zuzurechnen ist, hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Bewerbers/Bieters infrage gestellt wird,</p> <p>4. Der Bewerber/Bieter hat eine Vereinbarungen mit einem/mehreren anderen Unternehmen getroffen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken;</p> <p>5. Der Bewerber/Bieter hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrages erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt.</p> <p>Bitte beachten Sie: Anzugeben sind nur Ereignisse innerhalb der letzten 3 Jahre. Sofern ein fakultativer Ausschlussgrund vorliegt, ist dem Angebot zwingend eine Anlage mit Erläuterungen</p>	<div style="background-color: yellow; height: 20px; border: 1px solid black; margin-bottom: 5px;"></div> <div style="background-color: yellow; height: 20px; border: 1px solid black; margin-bottom: 5px;"></div> <div style="background-color: yellow; height: 20px; border: 1px solid black;"></div>	

	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
	beizufügen, um einen Ausschluss vom Vergabeverfahren unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit prüfen zu können (Umstände, Zeitpunkt und Schwere des Verstoßes, Maßnahmen der Selbstreinigung nach § 125 GWB etc.).		
F 1.1.3.4	<p>Bestätigung über Vorliegen bzw. Nichtvorliegen weiterer fakultativer Ausschlussgründe Liegt einer der nachfolgend genannten fakultativen Ausschlussgründe vor?</p> <p>1) Der Bewerber/Bieter oder ein mit ihm in Verbindung stehendes Unternehmen hat den öffentlichen Auftraggeber beraten oder war auf andere Art und Weise an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens beteiligt.</p> <p>2) Der Bewerber/Bieter</p> <p>a) hat sich bei seinen Auskünften zur Überprüfung des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen und der Einhaltung der Eignungskriterien einer schwerwiegenden Täuschung schuldig gemacht,</p> <p>b) hat derartige Auskünfte zurückgehalten,</p> <p>c) ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien zu übermitteln, oder</p> <p>d) hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die er unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen zu übermitteln, die die Entscheidung über Ausschluss, Auswahl oder Zuschlag erheblich beeinflussen können.</p>	<div style="background-color: yellow; height: 15px; border: 1px solid black; margin-bottom: 5px;"></div> <div style="background-color: yellow; height: 15px; border: 1px solid black; margin-bottom: 5px;"></div> <div style="background-color: yellow; height: 15px; border: 1px solid black; margin-bottom: 5px;"></div>	